



## Die Grenzen der Demokratie

Bereits in unserem Newsletter 609-24 vom 29. Januar 2023 haben wir auf ein Problem hingewiesen, das, je näher der Wahlsonntag rückt, an Fahrt aufnimmt. Durch die Wiederholungswahl werden Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung neu zusammengestellt. Es könnte dadurch einen neuen Senat geben, aber auch alles so bleiben, wie es ist, wenn die SPD vor Grünen und Linken durchs Ziel läuft. Im Amt bleiben werden aber die Bezirksamtsmitglieder, denn diese „Beamte auf Zeit“ haben einen Vertrag bis 2026.

Nur durch Abwahl oder freiwilligen Rücktritt bekäme man sie aus ihren Ämtern. Zur Abwahl ist eine Zweidrittelmehr erforderlich, die nur selten zusammenkommen dürfte. Wer träte aber freiwillig zurück? Vor allem jene Stadträte, die noch keine acht Jahre im Amt waren und somit keinen Pensionsanspruch haben. Kann man so viel Edelmut verlangen? Das Problem bleibt, dass die Legislaturperiode durch die Nachwahl nicht neu startet, sondern erst 2026 regulär endet.

Das Abgeordnetenhaus hätte nach der partiellen Pannenwahl die Möglichkeit gehabt, nach Artikel 54 (2) der Verfassung von Berlin mit einer Zweidrittelmehrheit die Wahlperiode vorzeitig zu beenden. Das hätte dann auch für die Bezirksverordnetenversammlungen gegolten. Auch durch einen Volksentscheid hätte die Wahlperiode vorzeitig beendet werden können, ein Verfahren allerdings, das viel Zeit gekostet hätte. Hätte, hätte, Fahrradkette. Nun ist es wie es ist, die Stadträte in den Bezirken bleiben im Amt.

„Die Wiederholungswahl soll das Vertrauen in die Demokratie wiederherstellen, wird Landeswahlleiter **Stephan Bröcher** nicht müde zu betonen.“, schreibt heute der **Tagesspiegel**. „Doch die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen könnten genau das Gegenteil bewirken.“ Das Problem sei lange bekannt, stellt der Tagesspiegel fest. „So richtig kümmern wollte sich darum keiner.“ „Nun stellt die Senatsinnenverwaltung sechs Tage vor der Wahl klar: Beamtenrecht schlägt Demokratieprinzip.“ In einem Brief, der am Montag an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Bezirke verschickt wurde, heißt es: „Auch im Fall einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse in der BVV bleiben gewählte Be-

zirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die weiteren Bezirksamtsmitglieder im Amt, da diese [...] von der BVV für die Dauer der Wahlperiode gewählt werden und die Wahlperiode ununterbrochen fortgesetzt wird.“

Der Tagesspiegel kommentiert das dramatisch mit dem leicht angewandelten offiziellen Slogan der **Washington Post**: „Democracy dies in the Wiederholungswahl.“



Im Original heißt es übersetzt „Demokratie stirbt in der Dunkelheit.“ Ob die Demokratie gefährdet ist, sei dahingestellt, aber schön ist es nicht, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse in einer BVV nicht in der Zusammensetzung der Bezirksämter widerspiegeln. Ob sich so wahnsinnig viel nach der Wahl ändern wird und wie viele Bezirke betroffen sein werden, ist ohnehin eine andere Frage.

In Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Treptow-Köpenick stünden der AfD je ein Stadtratsposten zu. In den Ostbezirken nach der Wahl vielleicht sogar zwei. Das wird der AfD wenig nützen, denn bis auf Treptow-Köpenick ist in keinem anderen Bezirk einer ihrer Kandidaten bisher gewählt worden und wird vermutlich auch künftig nicht gewählt werden. In den anderen drei Bezirken wird das für die AfD formal vorgesehene Ressort von einem anderen Kollegiums-Mitglied verwaltet. In den drei Bezirken gibt es nach wie vor fünf statt sechs Bezirksamtsmitglieder. Und nach der Wahl vielleicht vier statt sechs?

### Der Wählerwille muss gelten!

Die CDU rechnet sich bei der Wiederholungswahl einiges aus, auch in den Bezirken. Deshalb pocht sie auf den Wählerwillen jenseits der Gesetzeslage.

Zu den Aussagen der SPD-geführten Innenverwaltung, wonach angeblich das Beamtenrecht das Demokratieprinzip schlagen soll, erklärt der Generalsekretär der CDU Berlin, **Stefan Evers**:

„Die SPD lässt nichts unversucht, den Wählerwillen zu unterlaufen. Erst der gescheiterte Versuch, die Wahl noch vor dem Bundesverfassungsgericht zu verhindern. Jetzt soll sich nach der Wahl bitte nichts in den Bezirksämtern ändern, das Votum der Wähler ohne Folgen bleiben. Als hätte das Ansehen der



*Demokratie durch das Organisationsversagen des Senats nicht bereits genug gelitten.*

*Die Pattex-Politik der SPD-Innenverwaltung ist einer Partei mit so langer demokratischer Tradition wie der SPD unwürdig. Ich fordere die SPD und alle demokratischen Parteien im Parlament auf, in einem breiten Schulterschluss das Demokratieprinzip bei dieser Wahl durchzusetzen.*

*Die CDU hat einen staatsrechtlich begutachteten Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, mit dem die Regelungslücke für die Neuwahl von Bezirksämtern nach einer Wahlwiederholung geschlossen wird. Wir sind jederzeit zu Gesprächen bereit, wenn es noch bessere Vorschläge gibt. Entscheidend ist: Der Wählerwille muss gelten!"*

Ob dieses Thema heute Abend im **rbb** behandelt wird, ist fraglich. Vermutlich wird es wieder um 500 Meter Friedrichstraße gehen. Dennoch weisen wir noch einmal auf die TV-Debatte hin:

## Endspurt



In fünf Tagen wird gewählt. Viele haben schon ihre Stimme abgegeben.

Wer sich noch nicht festgelegt hat, sollte

am Dienstag, dem 7. Februar, um 20:15 Uhr den **rbb einschalten**. 90 Minuten lang werden den Kandidaten die Fragen gestellt, die sie in den letzten Wochen schon so oft beantwortet haben. Nicht jeder hatte jedoch die Möglichkeit, an den Diskussionsrunden von Verbänden, Organisationen und Zeitungen teilzunehmen. Der Fernsehdebatte kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. *F: rbb*

„Unter dem Titel ‚rbb24 - Ihre Wahl: Der Kandidatencheck‘ diskutiert das Moderations-Duo **Franziska Hoppen** und **Sascha Hingst** mit **Kristin Brinker** (AfD), **Sebastian Czaja** (FDP), **Franziska Giffey** (SPD), **Bettina Jarasch** (Bündnis 90/Die Grünen), **Klaus Lederer** (Die Linke) sowie **Kai Wegner** (CDU) Lösungen für die drängendsten Probleme der Stadt. Das Publikum kann sich über Whatsapp beteiligen, Meinungen kundtun und Fragen stellen. Schnell-Fragerunden werden verhindern, dass aus der 90-minütigen Livesendung, die auch im Livestream des rbb zu empfangen ist, ein langatmiger Polit-Talk wird.“, verspricht der **rbb**.

Und gleich im Anschluss, nach rbb24-aktuell, treffen sich bei **Jörg Thadeusz** „Die Beobachter“, die uns

erklären werden, was wir gehört haben. Mit dabei sind **Claudia Kade** (Die Welt), **Sabine Adler** (Deutschlandfunk), **Dr. Hajo Schumacher** (Berliner Morgenpost), **Claudius Seidl** (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) und **Boris Hermel** (rbb-Redakteur Landespolitik).

### Wenn Sie mich fragen!

Zum Thema Bezirksämter habe ich eine klare Meinung: Alle Bezirksämter sollten nach der konstituierenden Sitzung des Abgeordnetenhauses geschlossen zurücktreten. Bis zur Neuwahl der Bezirksämter bleiben ohnehin die bisherigen im Amt. Und wenn dadurch jemand Versorgungsansprüche verloren gehen, so sage ich „So what!“ Politische Mandate werden auf Zeit vergeben und dienen nicht der Absicherung des Ruhestands. Es ist keinem Wähler zu vermitteln, dass sich durch seine Stimmabgabe personell nichts in einem Bezirksamtsgrremium verändern kann.

**Ed Koch**